

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

50. Sitzung vom 27. Mai.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Anfangs v. Bötticher und einige Commisariats, die sich aber bald wieder entfernen.

Nachdem die allgemeine Rechnung über den Haushalt des Reichs von 1876—77 in dritter Verathung genehmigt ist, wird die Verathung der Anträge Richter, Ausfeld u. s. w. fortgesetzt. Wir theilen sie im Wortlaut noch einmal mit, am Schlusse auch den heute eingegangenen Antrag des Abg. Mosle. Es beantragen

1) Richter: „Der Reichstag wolle beschließen: in Betreff der im Bundesrath eingebrachten Anträge auf Einverleibung der Unterelbe in den Zollverein und Aufhebung des Hauptzollamtes in Hamburg zu erklären, daß es weder dem bundesstaatlichen Verhältnisse, noch der Achtung vor dem geltenden Verfassungsrecht entspricht, wenn der Bundesrath Aenderungen der Zollvereinsverordnungen vornehmen sollte lediglich zu dem Zwecke, um einzelne Bundesstaaten in dem freien Gebrauche ihres verfassungsmäßigen Rechts zu beschränken.“

2) Ausfeld: „zu erklären, daß die zur Zeit auf der Elbe bestehende Zollgrenze nur durch Gesetz auf eine unterhalb dieser Grenze gelegene Stelle verlegt werden kann.“

3) Marguarthsen für den Fall der Ablehnung des Antrages Richter-Karsten zu beschließen: „Angesichts der unmittelbaren Gefahr schwerer Einbußen und Schädigungen, welche die Aufhebung des kaiserlichen Hauptzollamtes in Hamburg und die Beseitigung der dortigen Zollvereinsniederlage ohne entsprechende gleichzeitigen Ersatz nicht bloß für den Handel und Verkehr von Hamburg, sondern auch für die Handels- und Gewerbsinteressen des übrigen Deutschlands im Gefolge haben würde, spricht der Reichstag die Erwartung aus, daß der Bundesrath von dieser Maßregel bis zur Vereinbarung über den Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet, beziehungsweise bis zur Durchführung dieser Vereinbarung Abstand nehmen werde.“

4) v. Minnigerode: „In Erwägung, daß es nicht der Stellung des Reichstages entspricht, den Versuch zu machen, durch eine Beschlussfassung seinerseits die Entscheidungen des Bundesrathes innerhalb der Zuständigkeit desselben zu beeinflussen, über den Antrag Richter-Karsten zur Tages-Ordnung überzugehen.“

5) Windthorst den Reichskanzler zu ersuchen: „in der Zollbehandlung der Schifffahrt auf der Unterelbe in den zu Hamburg bestehenden Einrichtungen für die Zollabfertigung nach dem Zollgebiete und in der Behandlung der sogenannten Zollvereinsniederlage in Hamburg so lange eine Aenderung des bestehenden Zustandes nicht eintreten zu lassen, als die zwischen der Reichsregierung und Hamburg schwebenden Verhandlungen über den Zollanschluß nicht zu einem endgültigen Resultate geführt haben.“

6) Mosle: „Der Reichstag wolle beschließen: in der Erwägung, daß es dringend wünschenswerth ist, daß der beabsichtigte Verwirklichung des ersten und Hauptzweckes des Art. 33 der Reichsverfassung: „Deutschland bildet ein Zoll- und Handelsgebiet, umgeben von gemeinschaftlicher Zollgrenze“ notwendiger, in der Art der Verwirklichung durch den Art. 34 vorgegebene, Einfluß der Hansestädte Bremen und Hamburg in die gemeinschaftliche Zollgrenze, baldmöglichst zur Ausführung gelange, und in der zureichenden Erwartung, daß der Herr Reichskanzler einerseits und die Senate der beiden Hansestädte andererseits ernste Sorge tragen werden, diesen Wunsch des Reichstages auf reichsverfassungsmäßigem und bundesfreundlichem Wege so rasch zur Geltung zu bringen, wie die in Betracht kommenden sehr wichtigen und möglichst zu schonenden, in der geschichtlichen Entwicklung unseres Vaterlandes begründeten Verhältnisse, welche den gegenwärtig bestehenden anomalen Zustand hervorgerufen haben, es nur irgend gestatten, geht der Reichstag über den Antrag Richter-Karsten und über den Antrag Ausfeld zur Tagesordnung über.“

Abg. Mosle: Seit vorgestern ist, wie ich zwar nicht officiell, aber doch aus sehr guter Quelle weiß, ein Ereignis eingetreten, welches auf unsere Debatte bestimmend eingreifen muß. So viel ich weiß, ist vorgestern der Präliminarvertrag zwischen den Bevollmächtigten Hamburgs und dem Reichskanzler unterzeichnet worden. (Hört! hört!) Ich bin natürlich kein officieller Vertreter weder des Herrn Reichskanzlers noch des Hamburger Senats, aber die Sache ist allgemein bekannt und muß, da ich eben der erste bin, der in dieser Sache das Wort ergreift, doch notwendig erwähnt werden. Am 10. April 1879 sprach die „Meister-Zeitung“ folgende auf die heutige Situation passende Worte aus: „Wenn es sich lediglich um ein Urtheil in Sachen politischer Taktik handelte, so würde man des Reichskanzlers Lob, ja seine Bewunderung nicht zurückhalten. Wir müssen einräumen, daß Fürst Bismarck die Menschen und die Dinge mit einem Scharfblick beurtheilt, die mannigfaltigsten Motive und Interessen mit einem Geschick in Bewegung setzt, die widerstreitendsten Kräfte mit einer Energie in sein Joch gespannt hat, wie man es nur je den genialsten Staatsmännern hat nachrühmen können. Was uns unendlich voran, erschien ihm Spiel; er hat es unternommen, er hat es durchgeführt und das Unglaubliche, jetzt ist es Ereignis. Er hat in allen Stücken Recht behalten, seine Rechnung stimmt, wir haben uns geirrt, wir haben die Größen, mit denen wir zu operiren gedachten, überschätzt. Wo wir Ziffern zu sehen glaubten, fanden wir Nullen. Wenn solcher Irrthum schimpflich ist, so müssen wir uns schämen.“ Der Erfolg der Verhandlungen mit dem Senat von Hamburg verdient solche Erwägungen. Ich wende mich nun zu der vorgestrigen Verhandlung. Der Herr Abg. Richter hat darin Recht, daß diese Frage keine Frage des Freihandels oder Schutzzolls ist und daß die nationale Gefinnung der Hamburger Bürger nicht unzweifelhaft ist, daß ihre Treue im Jahre 1813, ihre Opferbereitschaft von 1870 unberührt bleiben muß, daß ihr wohlverdienter Ruhm, die Stellung Deutschlands im Weltkriege an erster Stelle begründet zu haben, eine kühne und glückliche Fortwärtung für die deutschen Interessen in allen Welttheilen gewesen zu sein von Mit- und Nachwelt stets willig und bewundernd anerkannt werden muß.

Auch der Ruhm, mit der Eröffnung der Verhandlungen über den Einfluß in den Zollverband, und wie es jetzt scheint, den Abschluß eines Präliminarvertrages, seitens des Hamburger Senats und seines kaiserlichen Unterhändlers, Dr. Versmann, dessen edle nationale Gefinnung sich wiederum dabei betätigt hat, vorgegangen zu sein, muß anerkannt werden, auch von der Schwesterstadt Bremen, welche sich diesmal hat überlegen lassen. Auch die Bürger Bremens stehen an nationalem Sinne, an kaufmännischer Thätigkeit, an Opferbereitschaft den Hamburgern nicht nach, und die Zahl derer, welche in meinem Wahlkreise für den Eintritt der beiden Hansestädte in den Zollverein stimmen werden, ist weit größer als die Zahl derjenigen, die in Hamburg dasselbe erstreben. Ich weiß auch positiv, daß der Bremer Senat ebenfalls in Unterhandlung mit dem Reichskanzler und der Reichsregierung steht; hoffentlich wird dieselbe zu einem segensreichen Abschluß führen. Womit will aber Herr Richter beweisen, daß die Anträge des Herrn Reichskanzlers im Bundesrath eingebracht seien nicht um ihrer selbst willen, sondern um einen Druck auszuüben auf die freie Entscheidung Hamburgs in Bezug auf die Einverleibung in den Zollverband. Hat nicht der Herr Reichskanzler eine ganz andere, rein sachliche Begründung für seine Anträge ausgesprochen? Es ist ein Glid für den Herrn Abgeordneten, daß der Herr Reichskanzler und der Bundesrath nicht hier anwesend ist (Oho! und Lachen links), er würde sonst wahrscheinlich sehr heimgelächelt worden sein. (Ah! im Centrum. Bewegung. Lachen links.) Daß die Kronrechte der Fürsten, wie Richter sagt, um kein Zielchen heiliger und ehrwürdiger sind, als das Recht eines solchen Einzelstaates, ist niemals bezweifelt worden.

Der Herr Reichskanzler hat ja im vorigen Jahre das garantierte Recht der Hansestädte auf Grund des Artikels 34 der Verfassung selbst hervorgehoben, während die Abgg. Hänel und Lasker im April 1871 nachgewiesen haben, daß Artikel 34 keineswegs ein solches Reservatrecht gebe, wie die Reservatrechte von Baiern und Württemberg, welche aus Verträgen hervorgingen. Nun frage ich: wer ist denn jetzt der Beschützer der Reichsverfassung und der Schwachen? Die linke Seite des Hauses oder der Reichskanzler. (Oho! und Lachen links.) Ebenso uner-

wiesen ist die Behauptung Richters, daß der Antrag auf Einverleibung St. Paulis ein offener Angriff auf das verfassungsmäßige Recht Hamburgs sei, während die jetzigen Anträge von hintenherum das Recht Hamburgs inhaltslos und kraftlos machen und die Stadt zwingen wollten, ihr Recht selbst an den Reichskanzler auszuliefern. Der Herr Reichskanzler hat stets mit offenem Visir gekämpft. Erinnern Sie sich des Tages, an dem er das Tabaksmonopol als sein Ideal deklarirte, während neben ihm der Finanzminister Camphausen, der als der Beschützer der liberalen Ideen, als ein Freihändler, der gegen das Tabaksmonopol sei, angesehen wurde und doch am anderen Tag aus der Tasche ein Papier zog, mit welchem er bewies, daß er schon vor einem Jahre das Tabaksmonopol als das Richtige empfohlen habe. Die Bürgerstadt Hamburg und der Hansestädte faßt die betreffenden Anträge des Herrn Reichskanzlers annehmend als Besseres an, vergißt aber, daß der Herr Reichskanzler schon im Mai 1879 in bundesfreundlicher Weise bei beiden Senaten hat anfragen lassen, ob sie nicht geneigt seien, ihre Freiheitsstellung, die einen vorübergehenden Charakter habe, aufzugeben. Ich betrachte die gestern abgeschlossenen Verhandlungen als eine Folge dieser Aufforderung, und die Bürgerstadt Hamburgs und Bremens wird sehr bald ihre Besorgnis vor Breissen aufgeben und einsehen, daß der Herr Reichskanzler es mit ihr wohl will. Ich meine, der Reichstag, welcher in seiner überwiegenden Majorität den Einfluß der Hansestädte will, muß im Gegentheil im Sinne des Herrn Reichskanzlers auf die Städte einzuwirken suchen, er macht dadurch den Städten einen für sie natürlich wegen der schwierigen Verhältnisse sehr schweren Einfluß leichter.

M. H.! Ich habe jetzt seit 10 Jahren die Ehre, Mitglied dieses hohen Hauses zu sein, ich habe stets die deutlichsten Zeichen davon empfunden, daß der Reichstag in seiner Majorität den Einfluß der Hansestädte will, und die Hansestädte riefen bis 1879 wenigstens am allerleuesten nach diesem Einfluß. Ich habe als Bürger eines der Hansestädte häufig über diese Aeußerung gewissermaßen das Gefühl eines Paria gehabt, ich mußte mir sagen, daß der Reichstag und das Volk, daß die Hansestädte Recht hatten, denn es kann gar nichts Verlierteres geben, als wenn ein großes Land seine beiden einzigen großen Seehäfen wirtschaftlich von sich abschließt und sie ausschließt. Mit dem Abschluß der Verhandlungen seitens des Senats ist die Frage nicht gelöst. Wir leben in Bremen und Hamburg in republikanischen Verhältnissen, die Bürgerstadt hat ihr verfassungsmäßiges Recht zu geben und wenn sie das nicht thut, kann aus der Sache nichts werden. Es ist deshalb mit dem Präliminarvertrag mit Hamburg — mit Bremen ist es noch nicht so weit — nur der erste Schritt geschehen. Gerade der Herr Abg. Richter und seine Parteigenossen sind es gewesen, die nichts weniger als Sympathie mit den Hansestädten bekundet, das Zoll- aberniet zu einer unerträglichen Höhe heben wollen, die den Abgeordneten für Hamburg, Möring, zu der Aeußerung veranlaßt haben, man scheine es zu lieben, den braven Hansestädten etwas am Zeuge zu fäden. Auch hier bei den Aeußerungen ist der Reichskanzler der Schützer der Hansestädte gewesen, der es verachtet hat, durch die Normirung eines hohen Auerums die Hansestädte in das Zollgebiet hineinzupressen. Später hat der Abg. Richter allerdings bekannt, jetzt würden die Hansestädte von anderer Seite genugam gequält. M. H., ich kann den braven Hanseaten nicht empfehlen, mit der Fortschrittspartei zu gehen. (Heiterkeit links.) Nein, sie können sich mit viel größerer Sicherheit auf den Herrn Reichskanzler verlassen, der ist ihr wahrer Freund, der ist der wahre Schützer der Schwachen, der Reichsverfassung. (Heiterkeit links.)

Auch die neue Wirtschaftspolitik wird die Wohlfahrt der Hansestädte fördern, ebenso wie die Postsubvention und den Unterseidungszoll, aber der Reichskanzler hat bei diesen Sachen mit Kurzsichtigkeit und Störigkeit zu kämpfen. In meinen Verhandlungen mit dem Herrn Reichskanzler über Einführung des Unterseidungszolls und andere Maßregeln zum Schutze von Handel und Schifffahrt schrieb mir der Herr Reichskanzler: Ich habe den Eindruck, daß die Haltung der Interessenten im Augenblick noch durch fremde — fremde — Einflüsse, seien es politische, seien es materielle, beeinflusst wird; für jeden bestimmten Vorfall aus sachlichen Kreisen, welcher unsere Gesetzgebung dem von mir angedeuteten Ziele näher führen kann, werde ich sehr dankbar sein.“ Ich engagire von dieser Stelle meine hanseatischen Mitbürger, ihre Vorschläge und Wünsche dem Herrn Reichskanzler vorzutragen, sie können sicher sein, daß er sie berücksichtigen wird, so weit sie es verdienen. (Heiterkeit links.) Ja, daß er sie berücksichtigen wird mit besonderer Vorliebe, mit dem Wohlwollen für Handel und Schifffahrt, das ihn stets ausgezeichnet hat. Dem Abg. Wolfson will ich auf das juristische Feld nicht folgen, es scheint mir aus seinen Beweisstücken der Actenkauf fingerdick zu liegen. Es hat mich befremdet, daß er für die Auslandsqualität der Unterelbe plädiert; der Mündung dieses großen, schönen, segneten deutschen Flusses die Auslandsqualität zu vindiciren, ist wahrlich zum mindesten eine undankbare juristische Aufgabe. England hat allerdings zur Ablösung des Stader Zolles eine Million Thaler gezahlt, aber ein Recht, über die Verhältnisse auf der deutschen Unterelbe mitzusprechen, kann England hieraus doch nicht deduciren. Der Herr Abg. Wolfson sagte dann, die Bevölkerung Hamburgs steht in diesem Versuch, St. Pauli auszuschließen und Altona einzuschließen, in dem Einfluß der Unterelbe und den Molesten in Bezug auf den Viehmarkt, in Bezug auf die Aufhebung des Zollamtes der Zollvereinsniederlage ein ganzes System von Maßregeln, die darauf berechnet sind, Hamburg in eine Nothlage zu bringen.

Ferner: ob diese Stimmung der Hamburger Bevölkerung mit Recht oder Unrecht sich dahin gewandt habe, wolle er dahingestellt sein lassen. Das klingt doch ganz anders, als die Ausführungen des Abg. Richter, und ich meine, die Hamburger und Bremische Bevölkerung schiebt mit Unrecht den Anträgen des Herrn Reichskanzlers nicht wohlwollende Ziele unter. Daß früher eine günstigere Stimmung für Zollanschluß bestanden hat, ist richtig, während jetzt sogar unsere „Meister-Zeitung“ sich dazu verstiegen hat, von Hanseatenbese zu sprechen. Ich kann aber doch nicht in den Beifall einstimmen, den der Herr Abgeordnete gefunden hat, als er sagte, „es fällt Jeder den Druck, dem er glaubt mit Mannekraft entgegenzutreten zu müssen und es blutet uns das Herz.“ Die Bevölkerung ist in vollständigem Irrthum begriffen, sie irrt sich in ihren Freuden und Feinden. Ich meinerseits rufe den braven Hanseaten von dieser Stelle zu: „Seid ruhig, Bürger (Heiterkeit), es ist euer bester Freund, der alte bewährte Freund des deutschen Volkes, der, getragen von dem Vertrauen unseres Kaisers, Hand anlegt an eine wirtschaftliche Anomalie, es ist der alterfahrene, äußerst geschickte geniale Arzt, der mit scharfem Messer in die Wunde schneidet und sich nicht scheut, dem Patienten Schmerzen zu bereiten. Er ist seines Erfolges gewiß und er ist auch gewiß, daß der Patient ihm Dank sagen wird.“ Wir haben es erlebt und werden es wieder erleben. Die Hansestädte werden nach einigen Jahren gar nicht mehr wissen, weshalb sie so lange herausgeblieben sind, die Kaufleute sind nicht immer gleich bei der Hand, um ihren eigenen Vortheil richtig zu erkennen. Meine Vaterstadt hat das Glid gehabt, einen genialen Bürgermeister, den Bürgermeister Schmidt, zu haben, der die Gründung von Bremerhaven vorgenommen hat.

Die Kaufmannschaft, die Rheder Bremens haben zwei Jahre lang dem Bürgermeister Opposition gemacht, als der Hafen schon eröffnet war, haben sie ihre Schiffe vor dem Hafen liegen lassen, weil sie nicht in den Hafen hineinwollten, und diese Einrichtung für eine falsche Maßregel hielten und erst ein amerikanisches Schiff von jenseits des Oceans hat den Bremern den Weg zeigen müssen. Erst von dem Augenblick an haben sie den Hafen benutzt und jetzt danken sie niemand mehr als dem großen Bürgermeister. Ein anderes Beispiel. Auf meine Broschüre über den Unterhaltungszoll hat die Handelskammer in Köln eine Denkschrift veröffentlicht, mit dem Urtheil verschiedener Kaufleute über diese Frage. Da sagt zuletzt einer der Kaufleute, wirtschaftlich ein Colonialwarenhändler, folgendes: Die jetzigen Verhältnisse sind mir angenehm und es würde mir unangenehm sein, mich in die neue Lage hineinzufinden, die der Unterseidungszoll ebenfalls herbeiführen müßte. Ich erinnere Sie daran, wie oft Maßregeln des Reichskanzlers falsch und unrichtig beurtheilt sind, wie oft die Zeitungen und wir selbst uns haben sagen müssen, er hat doch wieder den richtigen Weg gewählt. Wie ganz anders beispielsweise hat derselbe Verfasser, von dem ich

Ihnen heute eine Stelle vorgelesen habe, im Juni 1866, vor Ausbruch des österreichischen Krieges über den Grafen von Bismarck geschrieben! (Auf-Schluß!) Ich will dem Abg. Braun bemerken, daß ich schließen werde, sobald ich zu Ende bin. Ich vertrete hier das Recht meiner Wähler, als der berufene Vertreter der Majorität der Bremischen Wählerstadt und Bevölkerung. In meinem Heimathskreise ist der ganze Kern der Bevölkerung auf unserer Seite und theilt meine Ansicht. Es ist eine Fabel, daß die Kaufmannschaft dort nicht mit meinen Ansichten übereinstimmt. Auch der Mittelstand, die Handwerker und Detailisten sind auf meiner Seite, und ich lehne danach die Wahlsiege in meinem Kreise gegen meine Gegner noch einmal zu gewinnen, ich werde mit dem vollsten Vertrauen daran gehen.

In meiner Vaterstadt hat die Erklärung des Abg. Dr. Delbrück, daß er den Eintritt der Hansestädte in den Zollverein wünsche, eine sehr wohlthätige Folge gehabt. Viel wohlthätiger noch wird es wirken, wenn der Reichstag in dem jetzigen Stadium, wo gerade die Bürgerstadt beschwichtigt werden muß, seinerseits die Meinung ausspricht, daß der Eintritt der Hansestädte in den Zollverband notwendig ist. Auch die veränderte Wirtschaftspolitik macht das notwendig. Es erschwert den Eintritt allerdings, daß eine so große Zahl von Zollpositionen jetzt zu beobachten sind, aber wenn die Politik durchgeführt werden soll, dann müssen die Hansestädte eintreten. Die „Germania“, das Blatt des Centrums, wenn ich nicht irre — (Heiterkeit), hat in diesen Tagen einen Artikel gebracht über die Hamburger Frage, worin sie sagt: Die liberalen Parteien haben die Pflicht, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen und die Bürgerstadt zu übernehmen. Ich bin auch der Meinung, daß in dieser Frage, wo es sich um Bürgerthätigkeit handelt, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai c. hat mir in dieser Beziehung weit weniger gefallen, wenn sie schreibt, es ginge jetzt eine Mittheilung durch die Zeitungen, daß die nordischen Königreiche Dänemark, Schweden und Norwegen damit umgingen, die durchweg nationalliberal gefärbt sind, die Partei, welche sie hauptsächlich vertritt, die Führerschaft übernehmen muß, daß sie sich nicht scheuen muß, mit Nachdruck ihre Meinung zu erklären. Die „Nation“-Z. vom 20. Mai

schließen, gut, m. H., wenn ich die Erfahrung mache, werde ich mein Reich-  
tagsmandat aufgeben und mein Handwerk wieder treiben, das ist besser, als  
im Reichstage zu sitzen, wenn man niemals zu Erfolgen kommt.

Ich verlange in meinem Antrage weiter nichts, als eine reichsversam-  
lungsmäßige bundesfreundliche Verhandlung zwischen Senat und Reichs-  
regierung, und wenn ich diese Forderung stelle, obgleich der Hamburger  
Senat den Vertrag abgeschlossen haben soll, so geschieht es, um auf die  
Bürgerhaft der beiden Städte zu wirken. Nimmt der Reichstag meinen  
Antrag an, so wird sich die Frage des Anschlusses der Hansestädte in an-  
genehmer Weise lösen und die Herren werden zufrieden sein und ebenso  
der Reichstag, daß der Anschluß der Hansestädte nicht allein durch den  
Reichstag fertig geworden ist, sondern daß er auch, wie es seine Pflicht  
ist, sein Wort dabei gesprochen hat. Es ist notwendig, daß der Reichstag  
Stellung zu der Frage nimmt, ob die Hansestädte anzuschließen sind oder  
nicht, denn sonst lassen wir den Reichstag allein die Politik treiben, die  
doch auch uns auf das allererste interessiert. Ich bitte Sie, meinen Antrag  
anzunehmen und die Beschwichtigungsanträge der Abgg. Marquardsen und  
Dr. Windthorst zurückzuziehen oder dafür für meinen Antrag zu stimmen.  
Ich bitte auch den Abg. v. Minnigerode, dessen Antrag in der Prioritäts-  
frage mit dem meinen concurrirt, mich thörichtlich zu unterstützen. (M. H.)  
Die Bürgerchaften von Hamburg und Bremen unterstützen ihre Unter-  
händler, den Senat, der hier mit dem Reichstag unterhandelt, indem sie  
durch ihre Haltung den Forderungen der Reichscommissionäre den nöthigen  
Nachdruck geben. Ich meinerseits fordere den Reichstag auf, auch seiner-  
seits seinen Unterhändler, den Herrn Reichskanzler zu unterstützen und zu-  
gleich dadurch auf das allergeringste auf die Ansicht und die Meinung  
der Bevölkerung der Hansestädte zu wirken. Ich bitte Sie, meinen Antrag  
anzunehmen. (Beifall rechts. Bischof links.)

Abg. Marquardsen: Der Herr Vorredner hat meinen Antrag einen  
Beschwichtigungsantrag genannt; wenn er damit hat sagen wollen, er sei  
ein Weg zum Frieden, so hat er Recht. Unser Antrag ist wirklich und  
materiell wohl begründet. Niemand wird dem Reichstag das Recht be-  
streiten wollen, über wichtige Angelegenheiten der Gesetzgebung und Ver-  
waltung sein Votum abzugeben, in welchem Stadium es sei. Dies thun  
wir hier in einer Frage, deren Zuständigkeit, ob sie eine reine Verwaltungs-  
frage oder eine Frage der Gesetzgebung ist, zweifelhaft sein mag. Ich  
meinerseits glaube, daß es sich hier um einen Act handelt, welcher zur  
Competenz des Bundesraths gehört; aber ich nehme für den Reichstag das  
Recht in Anspruch, auch in solchen Fragen unsere Hoffnungen und Be-  
fürchtungen zum Ausdruck zu bringen. In materieller Beziehung halten  
wir die Aufhebung des Hauptzollamtes und der Zollniederlage für eine  
schwere Schädigung des deutschen Handels und Verkehrs für Hamburg und  
außerhalb. Dieser Verlehrs soll nicht für kurze Dauer gestört werden, son-  
dern für unabsehbare Zeit, denn dem jetzigen Provisorium soll ein neues  
folgen, bis die neue Organisation eintritt. Mit der Mißbilligung dieser  
Verhältnisse ist keineswegs der Frage präjudicirt, wie der Einzelne zum  
Anschluß der Hansestädte stehe. Auch von verschiedenen Standpunkten aus  
muß man zu dem Resultat kommen, daß über Hals und Kopf hier nichts  
geändert werden muß. Auch für den Fall des Zustandekommens des Prä-  
liminarvertrages wäre die Formulierung unseres Antrages am Platze, weil  
er über diese Frage hinausgreift. Ueber die Frage der Unterlebe haben wir  
uns nicht ausgesprochen.

Wir stehen hier auf demselben Standpunkt, den am Schluß der vorigen  
Session der Reichstag eingenommen hat; wir sind für ein non liquet und  
glauben, daß nach eingehenden Untersuchungen eine stärkere Ueberzeugung  
nach der einen oder anderen Seite sich Bahn brechen wird. Es thut mir  
leid, sagen zu müssen, daß die Argumente meines Freundes Wolfson mich  
in dieser Beziehung zu überzeugen nicht vermocht haben. Mit Unrecht hat  
er aus der Ablehnung der Art. 34 und 37 geschlossen, daß die dafür stim-  
mende Mehrheit im Reichstage seiner Meinung war. Auch bezüglich der  
Verlegung der Zollgrenze von Wittenberge nach Hamburg bin ich anderer  
Ansicht. Viel einfacher liegt die meinem Antrage unterbreitete Frage, ob die  
Anträge im Bundesrath die Interessen Hamburgs und Deutschlands schädigen.  
Es ist eine schlechte Politik, seinen Gegner, den man verbunden will, so zu  
treffen, daß man in sein eigenes Fleisch schneidet. Verhüten wir also einen  
Conflict mit Hamburg, so handeln wir auch im Interesse Deutschlands.  
Kommt der Anschluß Hamburgs nicht zu Stande, so zweifle ich nicht, daß  
das Resultat ein willkommenes sein wird. Einmalen empfehle ich Ihnen  
meinen Antrag um des Friedens willen. Aus gleichem Grunde werden wir  
eventuell, wenn meine politischen Freunde auch bezüglich der Frage der  
Unterlebe nicht einig sind, für den Windthorst'schen Antrag stimmen.

Abg. v. Minnigerode: Der Antrag Ausfeld unterscheidet sich darin  
sehr vorteilhaft von dem Antrag Richter, daß er uns überhaupt in die  
Lage setzt, über ihn im strengen Sinne discutiren zu können. Er stellt das  
Princip klar, das vor Allem von dem Abg. Delbrück hier vertreten  
wurde, dessen Name zur Zeit unter dem Antrage steht. Die Anhänger  
dieses Principes sagen: wir wollen den bestehenden Zustand ändern und  
diesem Wunsch mit der Autorität des Reichstages Nachdruck und Folge  
geben. Indem sie die Veränderung der Zollgrenze auf der Elbe nur bei  
Uebereinstimmung von Reichstag und Bundesrath für zulässig halten, igno-  
riren sie die historische Entwicklung auf diesem Gebiet, ich weiß auf die  
Vorgänge bei Verlegung der Zollgrenze von Wittenberge bis oberhalb  
Hamburg hin, auf die Veränderung der Freihafenstellung von Brake und  
die Einbeziehung Lauenburgs in den Zollverein. Der Reichstag war mit  
dieser Veränderung nicht befaßt worden. Herr Lasker hat im vor. Jahre  
ausdrücklich diese Vorgänge anerkannt, und obwohl sonst in juristischen  
Dingen ein großer Freund der Präcedenzfälle in der Praxis, hat er hier  
behaupet, daß der Reichstag dabei über diese Präcedenzfälle sich als gleich-  
giltig weggesetzt habe. Aber was will denn das bestehende formelle Recht,  
das direct dem gegenüber stände, während gerade die Praxis absolut in  
dieser Form für das spricht, was wir als das zur Zeit geltende annehmen  
wollen und weshalb wir uns gegen den Antrag Ausfeld erklären.  
Ich erinnere mich sehr wohl, welches Schicksal die Elbschiffahrtsacte im  
vorigen Jahre hier im Hause gehabt hat, muß aber doch der Ansicht des  
Abg. Wolfson entgegenstehen, als ob der Reichstag der Auffassung des  
jetzigen Ausfeld'schen Antrages sich damals angeschlossen habe. Dasselbe  
Princip wurde damals in einem Antrage der Commission ausgesprochen,  
welchen wir in zweiter Lesung mit 138 gegen 110 Stimmen abgelehnt haben.

Der thatsächliche numerische Vorgang spricht also direct gegen die Auf-  
fassung, wenn ich auch nicht behaupten will, daß der Reichstag direct per  
majora sich für unsere Auffassung entschieden habe, daß wir selbstständig  
bei der Verlegung der Zollgrenze nicht mitzuwirken haben. Auffällig ist  
aber die Thatsache, die ich Grund habe, als richtig anzunehmen, daß im  
Bundesrath über dieses Verhältnis Einmütigkeit zu herrschen scheint. Es  
ist keine Aenderung in die Presse gelangt, daß der hanseatische Vertreter  
im Bundesrath eine Sonderstellung im Sinne des Abg. Ausfeld eingenom-  
men hätte. Im Gegentheil, ich habe Grund anzunehmen, daß über die ein-  
seitigen Prärogative des Bundesraths auf diesem Gebiete im Schoße des-  
selben kein Zweifel obwalte. Ich bitte also, den Antrag Ausfeld abzu-  
lehnen. Der Antrag Richter, der nach den erwähnten Zwischenfällen eigent-  
lich nur noch ein historisches Interesse hat, fest mich einigermaßen in Ver-  
legenheit, wie ich ihn sachlich discutiren soll. Ich frage, ist die Diction  
dieses einen Sprachs für eine gegebene Veranlassung? (Zustimmung  
bei den Deutschconservern.) Ist es richtig, in dieser Form eine Be-  
lehrung über bundesstaatliche Verhältnisse und Verfassungsrecht einzutreten  
zu lassen? War es klug von der Fortschrittspartei, die hier im Hause ge-  
schieht nicht mit dieser Auffassung, dies zu versuchen? Dasselbe Partei tritt  
jetzt particularly gefärbt für das Recht eines Einzelstaates besonders  
lebhaft ein, die früher vom unitarischen Standpunkte aus bemüht war, die  
Einzelrechte, z. B. in Mecklenburg, empfindlich zu kränken (Zustimmung  
rechts) und die Beschlüsse des Reichstages und Bundesraths dahin zu  
drängen, daß auch Mecklenburg direct mit der Verfassung beglückt würde.  
Gerade die Partei, die sich so sehr ihrer Consequenz rühmt, mag es mir  
nicht verübeln, wenn ich sie zur eigenen Information an ihre Vorgeschichte  
erinnere. (Heiterkeit.)

Wie gesagt, es ist sehr schwer, über den Antrag sachlich zu discutiren.  
In welcher Form bewegt er sich zum Schluß? Er macht eine directe Unter-  
schiebung, und wir würden uns, wenn wir uns ihm anschließen, auf das  
Gebiet begeben, das die Herren immer am meisten perhorresciren, wir wür-  
den über Motive abstimmen. Herr Richter vermahnt sich natürlich gegen  
die Auslegung, ich glaube, er gebraucht das Wort „Unterstellung“, die der  
Staatssecretär v. Böttcher seinem Antrage gegeben hat. Er that das mit  
dem Jargoth, was er nach der Auffassung vieler ganz hat vermissen  
lassen bei der Behandlung von Personenfragen selbst in öffentlichen Ver-  
sammlungen in Berlin. (Hört! hört! rechts.) Wir betrachten nach wie vor  
die vorliegende Frage als ein Interim des Bundesraths; wir wünschen  
aber persönlich, daß die Dinge nach Recht und Billigkeit unter Berücksich-  
tigung aller Interessen zu einem glücklichen Ende geführt werden. Ein der-  
artiger Angriff aber, wie der der Fortschrittspartei, verleiht zum mindesten  
die Gesetze, die wir gegenüber der souveränen Stellung des Bundesraths  
begreifen müssen. Ich bitte nicht zu vergessen, daß wir im Bundesrath den  
geborenen legalistischen Vertreter der Souveränität der deutschen Fürsten und  
freien Städte vor uns haben, was Ihnen aus Ihrem demokratischen Ge-

fühl heraus nicht so unmittelbar entgegentritt, wie uns aus unserem mo-  
narchischen. Deshalb haben wir uns freuen müssen über den frischen Auf-  
zug, der von Seiten des Bundesraths ausgeht gegenüber dem Verlehrs, den  
der Antrag Richter macht. (Heiterkeit links.)

Der Antrag macht mir den Eindruck, als ob er ein Stück Leitartikel  
wäre, das vielleicht durch den Hestographen eine falsche Bestimmung be-  
kommen hat; ein Zeitungsartikel, der seinen Verursacher hat und auf die  
Weise in die Reichsdrucker gekommen ist. Fördert der Ton des Antrages  
etwa einen gesunden Ausblick? Sie stärken weiter nichts, als die unge-  
sunden Elemente der Bürgerchaft gegen die Bestrebungen des Senats, und  
in Bezug auf die Wahlbewegung in Hamburg die radicalen Elemente.  
Ich sehe in dem ganzen Vorgehen nur eine Schädigung der hanseatischen  
Interessen. Obgleich ich anerkenne, daß die Anträge Windthorst und Ma-  
quardsen das Thema durchaus angemessen behandeln, werden wir doch nicht  
für dieselben stimmen, weil zwischen den Zeilen der Wunsch liegen kann,  
einen bestimmten Druck auf den Bundesrath auszuüben. Anders stehen  
wir dem Antrag Mosle gegenüber, der die Sache so sachlich und vielseitig  
zusammenfaßt und von so wohlwollendem Standpunkte aus, daß wir ver-  
suchen werden, ihm die Mehrheit zu sichern. Was den unter meinem Na-  
men gestellten Antrag betrifft, so hat er nur den Zweck, unseren Stand-  
punkt gegenüber einseitigen Auffassungen Richter's zu wahren, nach unserer  
innigsten Ueberzeugung zu Gunsten des Reichstages. Wir glauben unser  
Recht nur dann nachhaltig verteidigen zu können, wenn wir die Rechte  
derer achten, mit denen wir zu verhandeln haben. (Beifall rechts.) Das  
ist die beste Schutzwehr für unsere Prärogative. Auch aus Klugheitsrück-  
sichten empfiehlt sich Richter's Antrag in keiner Weise. Ich wiederhole also,  
damit unser Antrag nicht mißverstanden wird, er hat keinen anderen Zweck,  
als auf die Provocation von Seiten der Fortschrittspartei unsererseits die  
schärfste Ablehnung zu finden, die nach der Geschäftsordnung überhaupt  
möglich ist. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Der Abg. Mosle hat seine Rede mit der Be-  
hauptung eingeleitet, daß ein neues Ereignis eingetreten sei, welches die  
Streitigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf den Anschluß  
Hamburgs an den Zollverein beendige. Wir stehen solche Quellen, wie sie  
unzweifelhaft Herrn Mosle zugänglich sind, nicht zu Gebote. (Heiterkeit.)  
Ich habe zwar auch von solchen Gerüchten gehört, aber officiell weiß ich  
nichts davon und da ich bei meinen politischen Actionen mich auf officiell  
Thatsachen zu stützen gewohnt bin, so können mich solche Aufstellungen  
selbst auf die Autorität des Herrn Abg. Mosle hin nicht abhalten, weiter  
in der Sache zu discutiren. Wäre aber in der That dieses von Herrn  
Mosle angegebene Ereignis, das wir ja Alle nur auf das Freudigste be-  
grißen könnten, eingetreten, dann hätte ich erwartet, daß die Reichsre-  
gierung, der nicht unbekannt sein kann, daß diese Verhandlungen heute hier  
stattfinden, uns dann irgend welche Kunde gegeben hätte. (Sehr richtig.)  
Das hätte im Interesse der Sache gelegen und den Rücksichten entsprochen,  
welche zwischen Reichsregierung und Reichstag zu herrschen haben. (Sehr  
wahr!) Wäre der Bundesrath hier anwesend in irgend einer Persönlichkeit,  
so würde ich deshalb eine Frage an den Bundesrath stellen, um darnach  
zu ersehen, ob es sich der Mühe lohnt, heute hier nun noch weiter zu ver-  
handeln, — leider aber sind die Bänke leer! Meine Herren, mich erfüllt  
das mit tiefer Betrübnis. Wenn Anträge gestellt werden, die dem Bundes-  
rath nicht angenehm sind — und daß der Richter'sche Antrag dem Bundes-  
rath unangenehm sein mußte, will ich gar nicht bestreiten — dann ist es  
seine Pflicht, sie hier im Hause zu bekämpfen und er werde in dieser  
Bekämpfung auch nicht allein gestanden haben. Dieses factische Weg-  
gehen aus der Verhandlung, in der ja Niemand das Wort zu nehmen  
brauchte, scheint mir ein Präcedenz zu sein, dessen Folgen der Bundesrath  
sich vielleicht dann klar macht, wenn er überlegt, was entstehen würde,  
wenn in ähnlichem Falle umgekehrt der Reichstag also verfähre. (Heiterkeit.)

Ich hoffe, daß der Reichstag niemals die Ruhe verlieren und jederseits  
die Folgen bedenken wird, die eine Nachahmung eines solchen Beispiels her-  
beiführen könnte. Um was handelt es sich? Einfach darum, ob der An-  
schluß Hamburgs, eventuell Bremens an den Zollverein herbeigeführt wer-  
den soll. Der Abgeordnete Mosle hat uns in seiner Resolution und auch  
in seinem Vortrage die Vortheile des Anschlusses geschildert. Was mich  
betrifft, so wünsche ich, daß der Anschluß geschehe, aber immer nur geschehe,  
unter der freien Entscheidung beider Hansestädte, weil ich dafür halte, daß  
die in diesen Städten concentrirte Handelsweisheit, welche sie durch die  
Jahrhunderte groß gemacht und gehalten hat, richtiger als irgend ein An-  
derer bemessen kann, was der Anschluß zur Folge oder nicht zur Folge hat  
und daß es ein vitales Interesse aller Handelsbeziehungen ist, daß diese  
beiden Städte in keiner Art geschädigt werden. (Sehr wahr! links.) Ich  
hätte gar keinen Anlaß, politisch oder sonst für diese Städte eine besondere  
Liebhabelei zu haben, obwohl sie ja von Hannover her meine guten Nach-  
barn heißen. Ich hätte sogar allerlei Ursache zur Beschwerde über ihre  
Haltung in der vergangenen Zeit und in der gegenwärtigen. Aber, wenn  
es sich um das Recht handelt, frage ich nicht, ob ich dem, dessen Recht in  
Frage ist, besondere Sympathien entgegenbringe, oder ob es jemand betrifft,  
für den ich weniger Sympathien hätte. Für mich genügt das Eine, daß  
das Wohlergehen dieser Städte für sie selbst und für ganz Deutschland eine  
Lebensfrage ist, und deshalb wünsche ich, daß bei den Verhandlungen, die  
dahin zielen, sie in das allgemeine Zollgebiet zu ziehen, keinerlei Druck  
übt werde, daß die Städte die volle freie Entscheidung haben, und daß  
nichts übereilt werde. Letzteres wünsche ich auch deshalb, weil voraussetz-  
lich der Anschluß uns ganz erhebliche Kosten verursachen wird, die ich auf  
Millionen ansehe.

Es handelt sich übrigens gar nicht darum, irgend welchen Druck auf die  
Entscheidungen anderer Autoritäten wie der Reichsregierung oder des  
Bundesraths zu üben. Ich meines Theils habe gewiß nicht die Absicht, in  
irgend welcher Weise die freie Entscheidung der Regierung oder des Bun-  
desraths beschränken zu wollen. Daß diese eine vollkommen freie Erwägung  
und eine vollkommen freie Entscheidung haben, liegt wiederum im Interesse  
ganz Deutschlands, dessen Gesamtinteressen gegenüber den Hansestädten  
ohne Zweifel von nicht minder großer Bedeutung sind, als die der Hanse-  
städte selbst, wenn auch das Interesse der Hansestädte wieder das von ganz  
Deutschland ist. Ich frage aber: seit wann nennt man es einen Druck auf  
eine Regierung oder auf den Bundesrath, wenn die nach den Gesetzen zu-  
sammengetretenen berufenen Vertreter des deutschen Volkes eine Ansicht  
äußern oder ihre Anschauungen nach Maßgabe ihrer Rechte zur Geltung  
bringen. Jedem einzelnen Bürger des Reichs steht es zu, hierher in seiner  
Angelegenheit eine Petition zu richten, und der Reichstag hat die Pflicht,  
wenn immer die Zeit es gestattet, diese Petition zu untersuchen und je nach  
Umständen sie der Regierung zu überweisen. Ist das ein unzulässiger  
Druck auf die Regierung und den Bundesrath? Und wenn jeder einzelne  
Bürger seine Anschauungen, seine Wünsche im Wege der Petition vortragen  
kann, dann soll der Reichstag nicht berechtigt sein, da, wo er sieht, daß  
vitale Fragen vorliegen, seine Anschauungen zum Ausdruck zu bringen?  
Das soll jetzt eine unzulässige Beeinflussung sein? Nein, meine Herren!  
Ich bin gewiß nicht geneigt, irgendwie die Competenzen zu überschreiten,  
weder die des Reichstages, noch die irgend einer anderen Körperschaft;  
aber wenn der Reichstag nicht mehr berechtigt und befugt sein soll, so  
wichtige Fragen vorliegen, und er sieht, daß seine bestimmten Anschauun-  
gen von der Regierung nicht getheilt werden, dann diese seine Anschauun-  
gen zum Ausdruck zu bringen, — dann soll er sein Buch zumachen. Ich  
glaube nun einmal nicht an die Allmählichkeit anderer Körperschaften,  
noch an die Allmählichkeit irgend eines Mannes. (Beifall. Sehr gut!)

Deswegen kann ich nicht für den Antrag von Minnigerode oder Mosle  
stimmen.  
Schon im vorigen Jahre haben wir in dieser Angelegenheit die Frage  
erörtert, inwiefern es richtig sei, die Vorstadt St. Pauli resp. Altona in  
den Zollverein zu ziehen und wie es mit den Verhältnissen auf der Unter-  
elbe sei. Die Frage in Betreff St. Pauli ist geordnet, die Frage betreffs  
Altona schwebt noch. Unsere Verhandlungen sind in dieser Beziehung  
nicht ohne Wirkung gewesen. Was die Verhältnisse der Unterlebe betrifft,  
so hat im vorigen Jahre der Abgeordnete Dr. Delbrück, der in diesen  
Dingen eine besondere Erfahrung besitzt, dieselben dargelegt, ebenso auch die  
Collegen Dr. Hänel, Lasker und Wolfson. Dieselben haben erschöpfend  
dargelegt, daß die Unterlebe frei sein muß, und daß ohne Genehmigung  
des Reichstages, d. h. ohne Gesetz, die Einziehung der Unterlebe in den  
Zollverband nicht zulässig sein würde. Ich will dies nicht wiederholen,  
namentlich hat ja auch das Präcedenz, welches der Abg. von Minnigerode  
hat anführen wollen, vorgeführt von dem Abg. Wolfson eine Beleuchtung  
gefunden, welche klar legt, daß die Reichsfrage in der That kaum zweifel-  
haft gefunden werden kann. Ich könnte deshalb auch für den Antrag  
Ausfeld stimmen. Meinen Antrag habe ich aber dennoch, und zwar um  
deswillen gestellt, um eine Basis zu finden, auf welcher eine möglichst  
große Majorität dieses Hauses zusammenstimmen könnte, und ich fand, daß  
in Betreff der Conclusion eine größere Uebereinstimmung herrsche als  
in den Motiven. Ich kann eigentlich sagen, daß ich Niemanden gehört habe,  
der den Inhalt des Antrages nicht auch wollte, wiewohl in den Ause-  
setzungen des Abg. Mosle von dem scharfen Messer u. s. w. einige Andeu-  
rungen liegen könnten in der Richtung, daß man innerhalb eines Bundes-  
verhältnisses auch Krieg führen dürfe. Ich würde daher meinen, daß für

diesen Antrag Alle stimmen könnten, sowohl Diejenigen, welche auf dem  
Rechtsgrund stehen, ihre Bitte formuliren, als auch Diejenigen, welche es  
aus Zweckmäßigkeitsgründen thun; jedenfalls hat sich Niemand präjudicirt,  
der unseren Antrag zustimmt. Was aber die Unterlebe betrifft, so stehe ich  
ganz auf dem Rechtsgrunde, den der Abg. Wolfson entwickelt hat, den ich  
auch in meinem Antrage auszudrücken die Absicht habe.

Dann hat mein Antrag gesagt, daß der status quo aufrecht erhalten  
werden möge bis zur völligen Erlebigung der Sache. Damit hat selbstver-  
ständlich gesagt werden sollen: bis zum Abschluß eines Vertrages, wie er  
jetzt zwischen der Reichsregierung und Hamburg in Bezug auf den Anschluß  
verhandelt wird. Sollte derselbe nicht erfolgen, so würde in keiner Weise  
durch die Annahme meines Antrages ausgesprochen, daß der Reichstag dann  
irgend welche Maßregeln, die jetzt in Frage sind, billigen würde. Würde  
ein solcher Beschluß nicht zu Stande kommen, so würde ich dann auch  
glauben, daß die Unterlebe nicht eingezogen werden könne, ohne ein Gesetz  
und die anderen Fragen wegen der Aufhebung des Zollamts und der  
Niederlage wären genau so zu behandeln, wie sie jetzt zu behandeln sind  
vor dem Abschluß und wie sie bisher behandelt wurden. Der Abg. Marquard-  
sen hat seinerseits einen Antrag gebracht, welcher wesentlich die Aufhebung  
des Zollamts und der Niederlage betrifft, übrigens aber in der Tendenz  
mit meinem Antrage übereinstimmt. Der meinige unterscheidet sich von  
demselben wesentlich durch die von mir bestimmt formulierte Bitte, ferner  
dadurch, daß er auch die Frage der Unterlebe aufnimmt, während der  
Collega Marquardsen das nicht thut. Ich glaube den Kollegen nicht miß-  
verstanden zu haben, wenn ich annehme, daß, sofern sein Antrag zur An-  
nahme nicht gelangen würde, er für den von meinen Freunden und mir ge-  
stellten zu stimmen bereit wäre. Nehmen Sie daher meinen Antrag an.  
Sie erklären dadurch, daß bis zu einem Abschluß zwischen der Reichsregierung  
und Hamburg der status quo aufrecht erhalten werden soll. Sie erklären,  
daß dies geschehen soll, weil es innerhalb eines Bundesstaates nicht geeignet  
ist, durch andere Mittel als solche, welche die freie Ueberzeugung bestimmen,  
auf Abschluß eines Vertrages hinzuwirken. Sie sichern dadurch besser als  
durch irgend welche Drohmittel, daß das hochwichtige Geschäft, welches im  
Gange ist, zu Stande kommt, zum Heil der beiden Handelsstädte, denen ich,  
wie Sie Alle, alles Gute wünsche, und zum Heil des gesammten Vater-  
landes. Sie bewirken schließlich dadurch, daß alle Dissonanzen, die in der  
Erörterung vorgekommen, sich auflösen. Der Antrag enthält nichts als  
das einfache Geheiß, das zu thun, was sein Wortlaut sagt. Das wird ja  
wohl nach keiner Seite hin übel genommen werden können. Die Milde  
der Form wird die Stärke des Antrages sein. Mein Antrag ist von  
meinen Freunden und mir als solcher eingebracht, aber als Änderungs-  
antrag gedruckt worden. Derselbe müßte zur Abstimmung kommen, wenn  
der Antrag Richter und der Antrag Marquardsen abgelehnt werden sollte.  
Eine Abstimmung über den Ausfeld'schen Antrag könnte nach Annahme  
des meinigen stattfinden, wäre aber nicht nöthig, da sich beide Anträge in  
juristischer Beziehung ziemlich deden.

Abg. Delbrück: Ich nehme das Wort, zum Theil mit Rücksicht auf  
meine Betheiligung an den vorliegenden Fragen sowohl im Vorparlament als  
in diesem Jahre, zum Theil auch auf die ausdrückliche Provocation des  
Abg. v. Minnigerode. Ich fühle sehr wohl, daß man sich angesichts der  
Nachrichten von der Unterzeichnung des Präliminarvertrages zwischen der  
Reichsregierung und Bevollmächtigten des Hamburger Senats bei dieser  
Discussion in einer etwas heiklen Lage befindet. Als bei Gelegenheit der  
Budgetdebatte die Anschlußfrage verhandelt wurde, sprach ich meinen leb-  
haften Wunsch aus, es möchte zwischen der Reichsregierung und Hamburg  
ein die großen deutschen Interessen wahrendes, für beide Theile annehm-  
bares Abkommen zu Stande kommen. Diese Ueberzeugung ist bei mir un-  
verändert, und deshalb muß ich Alles vermeiden, was in die etwa schweben-  
den, dem Abschluß nahe oder vorläufig abgeschlossenen Verhandlungen  
irgend einen Keim werfen könnte, welcher der Finalisirung dieser Verhand-  
lungen nachtheilig wäre. Der Abg. v. Minnigerode hat betont, daß ich den  
Antrag Ausfeld, welcher im Wesentlichen mit demjenigen identisch ist, den  
ich als Referent der vorjährigen Commission zu vertreten hatte, nicht mit-  
unterschieden habe. Der Grund ist folgender: Im vorigen Jahre handelte  
es sich darum, ob durch Annahme der revidirten Elbschiffahrtsacte der nach  
unserer Ansicht bestehende Rechtszustand aufgehoben werden solle. Diesem  
Anfassen gegenüber hatten wir nur die Alternative, entweder den Vertrag  
abzulehnen oder unsere Ansicht über die rechtliche Lage der Sache dahin auszu-  
sprechen, daß sie durch den Vertrag nicht geändert werden solle. Das erste wollten  
wir nicht, deshalb mußten wir das zweite thun. Eine solche zwingende  
Veranlassung, zu der Rechtsfrage Stellung zu nehmen, liegt nach meiner  
Ansicht in diesem Augenblicke nicht vor, und ohne eine solche halte ich es  
nicht für zweckmäßig, reine Rechtsfragen zur Entscheidung des Reichstages  
zu stellen: im Allgemeinen ist dies nicht die Aufgabe einer politischen Kör-  
perschaft. Sodann aber war ich auch in Bezug auf die Sache selbst ziemlich  
beruhigt. Wenn der Bundesrath auf Grund des ihm nach seiner Ansicht  
zustehenden Vorrangsrechts die Unterlebe unter Zollkontrolle stellt und  
die deshalb erforderlichen Vorschriften mit verbindlicher Wirkung für die  
Schiffe erläßt, so ist ein jeder Schiffer, der wegen Zuwiderhandlung vor  
den Richter gestellt wird, in der Lage, die ganze Frage der Gesetzmäßigkeit  
zur richterlichen Entscheidung zu bringen, und vor den Richter gehört die  
Lösung einer solchen Rechtsfrage besser als vor den Reichstag.

Ein zweites Motiv für mich war das, daß aus dem Stader Ablösungs-  
vertrage eigentlich alle schiffahrtstreibenden Mächte ein Recht haben, zu ver-  
langen, daß ihre Schiffe auf der Unterlebe nicht angehalten werden und  
daß, wenn fremde Flaggen auf der Unterlebe nicht angehalten werden, ich  
nicht glaube, daß man die deutsche Flagge anhalten wird. Diese Momente  
ließen es mir nicht dringlich erscheinen, die Rechtsfrage hier zur Discussion  
zu bringen. Aus diesem Grunde allein habe ich den Antrag nicht unter-  
zeichnet. Meine Rechtsansicht hat sich seit dem vorigen Jahre durchaus  
nicht geändert; ich bin noch heute der Ansicht, daß die Unterlebe nur auf  
Grund eines Gesetzes unter Zollkontrolle gestellt werden kann. Ich brauche  
ausdrücklich den Ausdruck: „unter Zollkontrolle gestellt werden“. Man hat  
so viel von der Auslandsqualität der Elbe gesprochen, und die Sache  
so verstanden, als solle die Elbe damit zum Ausland gemacht werden. Die  
Elbe ist so bestimmt Deutschland, wie irgend möglich, aber eine andere  
Frage ist die, ob auf Grund der bestehenden Verträge und Gesetze die  
Unterlebe unter Zollkontrolle gestellt werden kann. In Bezug auf die  
Rechtsfrage kann ich mich im Wesentlichen auf die Ausführungen des  
Abgeordneten Wolfson beziehen. Was die vom Abgeordneten von Min-  
nigerode erwähnte Verlegung der Zollabfertigung von Wittenberge im  
Jahre 1868 betrifft, so kann hieraus ein rechtliches Bedenken nicht  
hergeleitet werden, denn damals wurde auf Grund eines Staats-  
vertrages, der die gesetzgebenden Factoren paßte und völlig  
rechtsgültig war, eine Einrichtung getroffen, die zwar in ihrer  
Totalität diesem Vertrage nicht unbedingt entsprach, aber die Zu-  
stimmung sämtlicher Contrahenten erhielt. In der Frage der Aufhebung  
des Hauptzollamtes in Hamburg und der Zollvereinsniederlage bin ich mit  
dem Abg. Richter sowohl hinsichtlich der Rechtsfrage, als auch der Bedeu-  
tung des Vorschlags verschiedener Meinung. Ich bin der Ueberzeugung,  
daß der Vorschlag nur gemacht ist, um eine Differenz zwischen Reichstag  
und Reichsregierung zu beseitigen, denn als Pressionsmittel ist der Vor-  
schlag so absolut unbrauchbar, daß ich mir nicht vorstellen kann, wie er  
als solcher überhaupt hätte zur Sprache gebracht werden können. Er trifft  
nicht den Hamburger Großhandel, der — ich weiß nicht ob mit Recht oder  
Unrecht — als Gegner des Zollan schlusses gilt, sondern lediglich den Klein-  
verkehr; und die Consumten im Innern des Zollgebietes würden davon  
ganz ebenso getroffen werden, wie die Händler in Hamburg.

Die Errichtung des Hauptzollamtes in Hamburg ist vielfach als eine  
Concession betrachtet worden, die man Hamburg gewährt habe. Das ist  
nicht im Mindesten der Fall. Die Errichtung des Hauptamtes ist aus der  
ganz einfachen wirtschaftlichen Erwägung hervorgegangen, daß, wenn eine  
gewisse Anzahl von Handlungen in Beziehung auf einen bestimmten Gegen-  
stand vorgenommen werden müssen, es nicht zweckmäßig ist, diese verschie-  
denen Handlungen für denselben Gegenstand an verschiedenen Orten, zu  
verschiedenen Zeiten und durch verschiedene Personen vornehmen zu lassen,  
sondern daß es das einzig wirtschaftlich Richtige ist, diese verschiedenen  
Handlungen an derselben Stelle und von denselben Menschen vornehmen  
zu lassen. Will man jetzt auf diesen Vortheil, den Zweck mit dem möglichst  
geringen Aufwand an Arbeit, Kraft, Kosten und Zeit zu erreichen, verzichten,  
so ist das nach meiner Ansicht allerdings im allgemeinen öffentlichen Interesse  
zu beklagen, aber daß dabei ein besonders schwerer Nachtheil auf Hamburg  
als solches fiele, das kann ich nicht einsehen. Mit der Zollvereinsnieder-  
lage, das erkenne ich an, steht die Sache etwas anders. In der Zollvereins-  
Niederlage steht Hamburgs Capital und durch Aufhebung der Nieder-  
lage würde dieses Capital, das sich doch im Augenblicke schon eine andere  
Verwendung der Räumlichkeiten finden würde — später würde dies gewiß  
der Fall sein — entwerthet. Diesen Verlust erkenne ich an, er würde aber  
als Preßion doch auch nur auf eine verhältnismäßig geringe Zahl von  
Personen wirken können und es ist auch hier vor allen Dingen nicht zu  
vergessen, daß, was den Verkehr als solchen betrifft, der deutsche Fabrikant-  
stand ganz genau so viel leiden würde, wie der Hamburger Kaufmann und  
Exporteur. Dem Einen würde der Abfall nach Hamburg, dem An-

bern der Abzug der deutschen Waaren nach dem Ausland erschwert werden. Wenn ich es trotzdem für nützlich halte, daß der Reichstag sich jetzt für die Aufrechterhaltung des status quo ausspricht, so geschieht es nur, weil ich lebhaft wünsche, daß von den schwebenden und jedenfalls noch nicht ganz fertigen Verhandlungen — denn die hamburgische Bürgerschaft hat das entscheidende Wort noch zu sprechen — auch der Ansicht einer PreSSION fern gehalten werde, auch wenn ich in der Sache selbst eine PreSSION überhaupt gar nicht erkenne. Aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen den Antrag Windthorst anzunehmen, der unter voller Wahrung der verschiedenen Rechtsansichten jedenfalls den im Interesse einer geordneten Entwicklung der Frage sehr richtigen Gedanken ausdrückt, daß man, so lange die Frage nicht erledigt ist, alles davon fernhalten möge, was sie verbittern kann und daß Maßregeln, wie die hier besprochenen, wenn sie auch thatsächlich gar nicht so schlimm und so gefährlich sind, doch geeignet sind, die Frage zu verbittern, daß, glaube ich, ist nach allen Rundgebungen der Presse außer Zweifel. Ich bitte Sie also, tragend die durch Annahme des Windthorst'schen Antrages von Ihrer Seite zum Frieden bei.

Abg. v. Kardorff: Meiner Meinung nach hätten wir uns die heutige Debatte überhaupt ersparen können, denn wenn Windthorst auch offizielle Nachrichten über den Abschluß der Verhandlungen mit Hamburg heute noch vermehrt, so konnten wir doch, ohne den Rechten des Reichstages etwas zu vergeben, die Verathung bis zum Eintreffen offizieller Informationen aussetzen. Es liegt doch auf der Hand, daß der Bundesrath heute uns noch keine Theilnahme machen konnte, wo die Verhandlungen noch nicht definitiv abgeschlossen sind, wo die Zustimmung der Hamburger Bürgerschaft zur Fertigstellung des Vertrages noch fehlt und vielleicht noch manche andere Dinge. Wenn Windthorst dem Bundesrath ferner daraus einen Vorwurf macht, daß er bei dem Antrage Richter sich entfernt hat, da ihm derselbe unangenehm wäre, so glaube ich, ist das nicht der richtige Grund. Der Bundesrath wäre in der üblichen Lage gewesen, hier sitzen und sich gegen den Vorwurf der Inkompetenz zu wehren. Das ist allerdings keine würdige Position für den Bundesrath. Da die Ereignisse die Debatte überholt haben, beschränke ich mich darauf, zu constatiren, daß ich und meine Freunde heute wie früher die Verlegung der Elbejollanten lediglich als zur Kompetenz des Bundesraths gehörig ansehen. Die ganze Rechtsdeduction der Abgg. Wolfsson und Delbrück, die bis auf den Wiener Congreß zurückgreifen, halte ich für völlig unzutreffend. Es kann gar nicht mehr die Rede davon sein, daß nach der durchgreifenden Umgestaltung aller dieser Dinge durch die Schaffung des Norddeutschen Bundes jene alten Rechtsacte und völkerrechtlichen Verträge noch in dem Sinne fortbestehen sollten, wie Herr Delbrück es behauptet. Wir müssen ferner ebenso wie früher den Versuch, den Herr Richter wiederholt hat, zurückweisen, die in Artikel 34 gewährleisteten Rechte als Reservatrechte Hamburgs hinzustellen, in dem Sinne, in welchem Reservatrechte z. B. an Baiern, Württemberg und andere Staaten gewährt worden sind.

Ich verweise Herrn Richter einfach auf die sachkundigen staatsrechtlichen Ausführungen seines Freundes Hänel, daß die Auffassung dieser Rechte als Reservatrechte eine ganz falsche ist. Wir erachten den Anschluß der Hansestädte als Erfüllung des Art. 33 der Verfassung, welcher ein einheitliches deutsches Zollgebiet verlangt und wir erachten diesen Anschluß heute wie früher im Interesse nicht bloß des gesammten deutschen Vaterlandes, sondern auch im Interesse der Hansestädte selbst, und wir erachten den Bundesrath nicht nur für berechtigt, sondern dem ganzen Wortlaut unserer Verfassung nach für verpflichtet, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß dieser Zollanschluß erfolgt. Herr Wolfsson hat im Gegensatz zu Richter die Angelegenheit sehr ruhig und sachlich behandelt. Ich verstehe es, wenn er von seinem wirtschaftlichen, verfassungsrechtlichen und specifisch hamburgischen Standpunkte aus den kommenden Zeiten mit Schmerz und Sorge entgegensteht. Ich verstehe diese Stimmung um so mehr, als wir in einem großen Theile Deutschlands in derselben Stimmung waren, als der Freihandel die Art zu legen versuchte an den blühenden Baum der deutschen Industrie. Wir haben es den Herren aus den Hansestädten nie nachgetragen, daß sie wie z. B. Meier (Bremen) für richtig hielten, was uns verberlich schien. Ich bitte nur, daß Sie es auch uns nicht verberden, wenn wir nach unserem besten Wissen und Gewissen eine Politik unterstützen, welche nach unserer Meinung heilsam ist für das gesammte Vaterland und die Hansestädte selbst. Originell ist, daß, während Richter die diplomatische Geschicklichkeit des Reichskanzlers in der Hamburger Angelegenheit vernimmt, in derselben Stunde der Vertrag mit Hamburg abgeschlossen wird. Das ist originell und entbehrt nicht der Komik.

Ich denke mir überhaupt, wenn die Nachwelt einmal die Urtheile des Abgeordneten Richter über die Person und die Politik des Reichskanzlers zusammenfaßt, so wird dies allerdings für die Nachwelt von einem gewissen Werthe sein, denn sie wird erkennen, daß er in jedem einzelnen Falle Unrecht hat und von unrichtigen Prämissen ausgegangen ist, und daß er in jedem einzelnen Falle durch die Ereignisse selbst widerlegt worden ist. Das gebe ich ja zu, daß einzelne Branchen Nachteile durch den Zollanschluß erleiden, aber es stehen diesen Vortheile gegenüber, welche die Nachteile weit überwiegen. Ohne Zweifel ist es, daß mit dem Zollanschluß in Hamburg wie in Bremen Fabriken sich etabliren und zu einer blühenden Thätigkeit entwickeln werden, die im Inlande deshalb nicht vortheilhafter arbeiten können, weil sie voluminöse Rohstoffe verarbeiten, die sie vom Auslande beziehen müssen. Ebenso, daß der Kleinhandel aufblühen wird, und der Beweis dafür liegt in der Erfahrung, die wir in Lübeck gemacht haben. Aber für den gesammten Handel Hamburgs muß es von unendlich wohlthätigem Einfluß sein, wenn die Zollschranke wegfällt, welche es jetzt von einem Hinterlande von mehr als 40 Millionen Menschen abschließt, denn dieses Hinterland gewinnen doch die Herren. Es fehlt auch nicht an Stimmen, welche sagen, daß der heutige Scheinbar ja so große Reichthum Hamburgs mehr beruht in der so großen Wohlhabenheit einzelner Export- und Importhäuser als in der Durchschnittswohlhabenheit der etwas breiten Erwerbsmassen, ferner daß der Kleinhandel zurückgegangen ist und daß schwere hypothekarische Verschuldung der Hamburger Bürger vorliege, daß die Hamburger Staatsverwaltung trotz ihrer großen Geschicklichkeit in finanziellen Sachen immer vergeblich mit Defizits kämpft, und daß die Aeltern als eine sehr schwere Last empfunden werden, namentlich seit ihrer Erhöhung.

Wenn jetzt in Hamburg eine gewisse Verstimmung herrscht, die hoffentlich bald einer Befriedigung über den Anschluß weichen wird, so spielt da als politisches Motiv die Furcht mit, durch den Eintritt in das Zollgebiet seine souveräne Stellung zu verlieren und preussische Provinz zu werden. Ich freue mich, daß der Senat durch seinen neuesten Schritt das Gerücht dementirt hat, daß er sogar aus städtischen Mitteln Geld bewilligt habe zu Agitationen gegen die Zollanschlässe. Den Antrag Richter, der uns ebenförmig sympathisch ist, wie dem Bundesrath, halten wir in der Sache für unrichtig und in der Form für sehr verlegend. Von einem Antrage auf Uebergang zur Tagesordnung, der schärfsten Form der Zurückweisung, haben wir Abstand genommen, weil wir voraussetzen konnten, daß die Discussion über den Antrag Ausfeld und den Richter's vereinigt werden würde. Die motivirte Tagesordnung der Deutschconservativen ist uns eine zu schwache Zurückweisung, ebenso auch der Antrag Ausfeld und Marquardsen. Dem Antrag Windthorst, so persönlich er auch ist, können wir nicht zustimmen, weil er vielleicht gegen die Absicht des Antragstellers die Wirkung äußern kann, die den Abschluß der Zollvereinbarungen verhindert und erschwert, was ich namentlich bezüglich des bevorstehenden Anschlusses von Bremen fürchte. Durch unser negatives Votum glauben wir im Interesse unseres deutschen Gesamt Vaterlandes und vor allem unserer schönen deutschen Hansestädte zu handeln. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Moske: Ich habe nicht gesagt, mit dem Präliminarvertrag sei die Sache beendet, ich habe im Gegentheil betont, daß sie noch nicht damit zu Ende ist. Ferner muß ich der Andeutung des Abg. Windthorst gegenüber, als hätte ich aus offiziellen Quellen geschöpft, die ihm nicht zu Gebote ständen, erwidern, daß ich auch hier das Gegenheil ganz besonders hervorheben habe. Es ist nicht unmöglich, daß ich die Nachricht, die ich als erster Redner glaubte erwähnen zu müssen, vom Abg. Windthorst gehört habe.

Als Antragsteller erklärt Abg. Richter (Hagen): Der Abg. Windthorst hat in seiner Rede ausdrücklich erklärt, daß der von ihm gestellte Antrag das Prinzip enthalte, wie es sich innerhalb eines Bundesstaates nicht eigne, durch andere Mittel als diejenigen, welche auf die freie Ueberzeugung wirken, einen Vertragsabschluß herbeizuführen. Hiernach schließt der Antrag Windthorst meinen Antrag inhaltlich in sich und giebt der Mehrheit Gelegenheit, über denselben abzustimmen. Ich würde also in der Lage sein, meinen Antrag zurückzugeben, wenn nicht die formelle Zulässigkeit des Antrages hinsichtlich des Verhältnisses des Reichstages zum Bundesrath vom Staatssecretair von Böttcher und von den Conservativen bestritten worden wäre. Der Antrag des Abg. von Minnigerode auf Tagesordnung ist deshalb für mich eine erwünschte Gelegenheit, ein Votum des Hauses über die Zulässigkeit meines Antrages herbeizuführen. Ich ziehe deshalb den Antrag jetzt nicht zurück, melde aber schon jetzt an, daß, wenn die Anträge Minnigerode und Moske abgelehnt sein werden, ich alsdann in

der Lage sein würde, meinen Antrag zu Gunsten des Windthorst'schen zurückzugeben.

Abg. Lasker erklärt Namens der Antragsteller des Antrages Ausfeld, daß er denselben würde zurückziehen können, falls der Antrag Windthorst angenommen wird.

In der Abstimmung werden die Anträge Moske und von Minnigerode gegen die Stimmen der conservativen Parteien und der Abgg. Moske und v. Treitschke abgelehnt. — Abg. Richter (Hagen) zieht darauf seinen Antrag zu Gunsten des Antrages Windthorst zurück. Abg. v. Minnigerode nimmt ihn wieder auf. Darauf bemerkt zur Geschäftsordnung

Abg. Richter (Hagen): Da es sich hier um eine sehr ernsthafte Sache handelt, so kann ich mich der scherzhaften Behandlungsweise, wie sie der Abg. v. Minnigerode beliebt nicht anschließen und erkläre daher, daß für uns der Antrag nicht mehr besteht, wir also auch nicht für denselben stimmen werden.

Für den Antrag Richter erhebt sich daher Niemand. — Der Antrag Marquardsen fällt gegen die Stimmen der Nationalliberalen. — Der Antrag Windthorst wird mit großer Mehrheit angenommen. Für denselben stimmen die Socialdemokraten, die Fortschrittspartei, die Nationalliberalen, das Centrum mit den Polen und die Abgg. Falk und Delbrück. — Abg. v. Stauffenberg zieht darauf den Antrag Ausfeld zurück. Damit sind diese Anträge erledigt.

Am Bundesrathstische erscheinen nunmehr v. Böttcher, Scholz, v. Rostiz und mehrere Bundesraths-Commissaire.

Es folgt die zweite Verathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erhebung von Reichsstempelabgaben. Nach der Regierungsvorlage und zwar nach der Tarifsumme I. sollten inländische und ausländische Actien und Actienantheilsscheine, Renten und Schuldverschreibungen einen Stempel von fünf vom Tausend des Nennwerthes zahlen. Die Commission beantragt, in- und ausländische Actien und Actienantheilsscheine mit einem Stempel von fünf vom Tausend; in- und ausländische Renten und Schuldverschreibungen mit einem Stempel von zwei vom Tausend, inländische mit staatlicher Genehmigung ausgegebene Renten- und Schuldverschreibungen der Communalverbände und sonstigen öffentlichen Corporationen mit einem Stempel von eins vom Tausend zu belegen.

Von den Abgg. Hermes, Weber und Sonnemann ist ein Antrag eingegangen, welcher die ausländischen Actien und Actienantheilsscheine einem Stempelsatz von nur zwei vom Tausend unterwerfen will.

Abg. v. Wedell-Malchow referirt über die zu der Vorlage eingegangenen Petitionen und beantragt, dieselben durch die von der Commission gefaßten Beschlüsse für erledigt zu erklären. Die Abstimmung über diesen Antrag wird in der dritten Lesung stattfinden.

Abg. Sonnemann: Ich bemerke zunächst, daß meine Abstimmungen über die einzelnen Paragraphen meine Schlussabstimmung in keiner Weise präjudiciren sollen. Ich war in der Commission bemüht, die einzelnen Theile des Entwurfs so viel als möglich zu verbessern, und werde auch heute demgemäß verfahren. Die Verbesserungsanträge von Wedell sind fast ausschließlich redactioneller Natur. Ich werde für dieselben stimmen. Die Commission hat den Regierungsentwurf in zwei wesentlichen Punkten abgeändert. Sie beantragt, die ausländischen und inländischen Schuldverschreibungen statt mit 5 pro Mille, mit nur 2 pro Mille zu besteuern, und die inländischen Schuldverschreibungen der Communen, Grundrentenanstalten, Transportanstalten mit 1 Procent. Die ausländischen Actien hat die Commission auf 5 Procent gelassen. Das Amendement, welches von den Abgeordneten Weber, Schlutow, Hermes und mir eingebracht ist, bezweckt die ausländischen Actien den ausländischen Schuldverschreibungen gleichzustellen. Die Gleichmäßigkeit beider Satzungen erkennt auch der Regierungsentwurf an. Die Commission hat nach meiner Ansicht den Irrthum begangen, diese Gleichmäßigkeit aufzuheben und die ausländischen Actien dafür den inländischen gleichzustellen. Die Verhältnisse liegen nun aber ganz verschieden. Für die inländische Actie ist die Steuer ein Aequivalent für den Reduktionssatz, welcher das Reich der anonymen Gesellschaft gewährt. Bei den ausländischen, welche meist nur vorübergehend im Inlande verkehren, handelt es sich nur um eine Circulationssteuer. Ehe ich auf die Motivirung unseres Antrages eingehe, will ich bemerken, daß mich die Steuer von 2 pro Mille für ausländische Obligations zu hoch erscheint. Sie ist höher als die Steuer in den meisten anderen Ländern. Oesterreich, Belgien, die Schweiz erheben gar keine derartige Steuer. In Frankreich beträgt sie für Staatspapiere nur 1/2 pro Mille, in England 1/4 pro Mille, in Holland weniger als 1/4 pro Mille. Die Regierungen haben in allen ihren früheren Entwürfen anerkannt, daß eine zu hohe Belastung der ausländischen Werthpapiere dem Geschäftsverkehr ein großes Hemmnis bereite, und in schwierigen Zeiten den Bezug der notwendigen Baarmittel vom Auslande erschwere, besonders aber, daß sie die Emissionsthätigkeit am deutschen Markte hemme.

Ich habe keinen Antrag auf Herabsetzung der Steuer auf 1/100 eingebracht, weil angesichts der Geschäftslage des Hauses doch keine große Aussicht für denselben bestand. Alles was gegen die zu hohe Steuer auf ausländische Werthpapiere angeführt ist, spricht selbstverständlich auch für meinen Antrag, welcher die Actien vor einer allzu hohen Steuer zu schützen beabsichtigt, die Werthpapiere, um die es sich hier handelt, sind meist österreichische, schweizerische, russische Eisenbahnactien und eine kleine Anzahl von Bankactien. Der größte Theil derselben dient zur soliden Capitalanlage. Warum wollen Sie das Geschäft in diesen Werthpapieren durch eine so enorme Steuer vom deutschen Markte verschrecken? Es ist in der Commission gesagt worden, daß auch die sogenannten Speculationspapiere in diese Kategorie fallen, wie Creditactien, Franzosen etc. Die Speculation wird sich aber jedenfalls durch den Uebergangsstempel von 50 Pf. eine genügende Anzahl von Stücken verschaffen. Sie wird daher am wenigsten unter der hohen Steuer leiden. Dagegen werden alle diejenigen, welche solche Werthpapiere jetzt aus dem Auslande beziehen, hart betroffen werden. Die Emissionsthätigkeit wird für die deutschen Plätze größtentheils verloren gehen. Es ist in der Commission behauptet worden, das Arbitragegeschäft bedürfe wenig gestempelter Stücke. Das ist ein großer Irrthum. Die Arbitrage bezieht aus dem Auslande und verkauft im Inlande. Sie muß daher vor der Auszahlung stempeln lassen. Bei Neuemissionen kaufen viele Capitalisten, um nach einer Coursssteigerung wieder zu verkaufen. Alle diese Leute würden vom Stempel betroffen werden. In England und Holland ist der Stempel für Actien und Obligationen gleich. In Frankreich, auf welches sich die Regierungen hauptsächlich stützen, ist er zwar höher, aber nicht immer 1 Procent, wie es im Berichte heißt, da die Gesellschaften ein Abkommen mit der Regierung für die Zulassung treffen können, bei welcher bis auf 1 pro Mille des Capitals herabgegangen wird. Bei Annahme des Commission'santrages würde Deutschland die höchste Steuer auf ausländische Actien haben und es nicht vermeiden werden können, daß der Handel in denselben sich nach ausländischen Plätzen verzieht. Wenn Sie ermaßen, welche Verluste dies an Staats- und Communalsteuern, an Telegraphengebühren nach sich ziehen würde, so sollte man sich davor hüten, die deutschen Märkte, welche bisher diesen Verkehr hauptsächlich vermittelten, in eine zu ungünstige Lage gegenüber den Auslandsplätzen zu bringen. Ich empfehle Ihnen aus diesen Gründen unser Amendement.

Abg. v. Wedell-Malchow: Im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit ist eine gleichmäßige Besteuerung der inländischen und ausländischen Actien notwendig. Der Unterschied zwischen Actien und Renten bezw. Schuldverschreibungen ist ein ganz bestimmter. Die Actie ist eine Bescheinigung über den ideellen Antheil an einem Vermögensobject, während die Rente und Schuldverschreibung eine Forderung an eine bestimmte Person ist; die Actie ist ein viel unsicherer Begriff als die Rente und Schuldverschreibung. Es ist mit Recht von dem Vorredner herabgehoben, daß die frühere Regierung sich gewissermaßen für das Arbitragegeschäft erwärmt hat. Wir haben den Standpunkt nie geteilt und freuen uns, daß auch die Regierung jetzt zu einer besseren Einsicht gelangt ist. Uebrigens wird das Arbitragegeschäft durch die Sätze der Commission keineswegs beeinträchtigt, da abgestempelte Actien im Inlande wie im Auslande einen besseren Werth repräsentiren als ungestempelte und also der Stempelbetrag dadurch hinreichend gedeckt wird. Ich halte demnach die Commission'svorschlüsse für völlig richtig und bitte dieselben anzunehmen.

Abg. Richter (Hagen): Ich habe Namens meiner Freunde eine Erklärung zu diesem und den folgenden Tarifabschnitten abzugeben. Wir werden gegen diese Steuern stimmen, ohne im Einzelnen zu untersuchen, ob unter anderen Verhältnissen wir nicht mehr oder weniger veranlaßt sein könnten, für diese oder jene dieser Steuern zu stimmen. Wir wollen überhaupt keine neuen Steuern im Reiche und die Steuerlast im Ganzen nicht vermehren. Die Clause, daß die Erträge den Einzelstaaten überwiesen werden sollen, kann uns nach den bei der letzten großen Steuerbewilligung gemachten Erfahrungen nicht trösten. Man soll nicht neue Steuern einführen, nur um das System auszubauen, weil man auf diese Weise von einem Ausbau zum anderen kommt und damit zu einer fortgesetzten Steuervermehrung. Neue Steuern sollten deshalb nur eingeführt werden, unmittelbar mit der Aufhebung bestehender Steuern. Ursprünglich wurden auch diese Steuern nur angeregt in Verbindung mit der Herabsetzung des Immobilienstempels u. dgl. Im Jahre 1873 sollten dieselben als Compensation dienen für die Aufhebung des Salzcolles. Inzwischen sind im Reiche

vieler neue, drückende Steuern eingeführt worden. Wollte man nun um des Systems willen immer neue Steuern dazu nehmen, ohne Zug um Zug eine Verminderung bestehender Steuern herbeizuführen, so würde man es sich finanziell erschweren, die neu eingeführten Colles zu beseitigen. Mit zu den drückendsten Colles gehört der Petroleumzoll. Wenn Sie uns im Rahmen dieses Gesetzes die Abschaffung des letzteren vorschlagen, so würde sich unsere Stellung gegenüber einzelnen dieser Steuern wesentlich anders gestalten. So lange aber ein Antrag auf Aufhebung eines solchen Colles keine Aussicht hat, können wir auch nicht für irgend eine neue Steuer stimmen. Im Einzelnen empfiehlt Heber noch die Befreiung der Communalpapiere von der Stempelsteuer. Den Communen würden auch vom Reich immer neue Mithaltungen auferlegt, ohne denselben irgend welche Erleichterungen zu Theil werden zu lassen.

Abg. Streit: Im Königreich Sachsen bestche die Einrichtung, daß einzelne Papiere, namentlich communale Schuldverschreibungen, nicht stückweise, sondern im Ganzen zur Abstempelung gelangen könnten; er bitte die Reichsregierung, zu bestätigen, daß auch bei diesen Papieren eine Anrechnung des bereits gezahlten Landesstempels erfolge.

Bundesraths-Commissar Girth: Die leichtere Uebertragbarkeit und sonstigen Vorzüge der Actien gegenüber den gewöhnlichen Schuldverschreibungen lassen eine höhere Besteuerung der ersteren zulässig erscheinen; vor Allem vollzieht sich die Uebertragung derselben in jedem Fall ohne weitere Steuer, während gewöhnliche Schuldverschreibungen bei jeder Cession einer Besteuerung unterliegen. Wie erheblich beispielsweise der Hypothekencredit bei uns belastet ist, ergeben Sie daraus, daß im Falle der Eintragung einer Schuld in das Grundbuch, sowie der Cession derselben, die Stempelgebühren bei einem Betrage von 1000 Mark 22 Mark 10 Pf., also 2,21 pro Mille ausmachen. Der Vorschlag der Commission, inländische Schuldverschreibungen mit 2 pro Mille zu besteuern, wird durch den weiteren Beschluß, wonach von einzelnen Klassen von Renten- und Schuldverschreibungen, namentlich solchen der Communen und Communalverbände, der Hypothekenbanken, Transport-Gesellschaften u. s. w., nur 1 pro Mille an Stempel erhoben werden soll, fast gegenstandslos gemacht: der finanzielle Effect des Gesetzes würde dadurch sehr beeinträchtigt werden. In den Zwecken, zu denen die Communen ihre Anleihen aufnehmen, kann ich keinen hinreichenden Grund zu einer so weitgehenden Ermäßigung erblicken; es find keineswegs immer gemeinnützige, sondern vielfach auch reine Erwerbszwecke. Gleich ungerechtigt ist der Vorzug, den Sie den Hypothekenbanken und den Transportgesellschaften einräumen wollen. Wenn der Abg. Richter die Communen mit ihren Anleihen sogar ganz befreien will, so weise ich dem gegenüber darauf hin, daß schon die Vorschläge der Commission die Communen günstiger stellen als dieselben gegenwärtig stehen. Dem Abg. Streit bestätige ich, daß in dem von ihm herabgehobenen Falle der Landesstempel auf den Reichsstempel anzurechnen sein würde. Aus welchem Grunde ausländische Actien anders behandelt werden müßten als inländ. ist mir auch aus den Ausführungen des Abgeordneten Sonnemann nicht klar geworden; geniesse doch beide völlig gleichen Rechtsschutz. Es würde in der Bevölkerung nicht verstanden werden, wenn Sie zu Gunsten einzelner derartiger Geschäfte in der ordentlichen Behandlung der inländischen und ausländischen Actien einen Unterschied machen wollten. Es ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit, diese ausländischen Effecten generell mindestens nicht besser zu stellen, als die gleichartigen inländischen. Eine Schädigung der Arbitragegeschäfte wird keineswegs eintreten, umsoweniger ist daher auch an eine Herabminderung der Telegraphengebühren zu denken, die der Abg. Sonnemann befürchtet hat.

In der Abstimmung wird der Antrag Hermes abgelehnt und die Nr. 1 nach dem Vorschlage der Commission genehmigt.

Die weitere Debatte wird vertagt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Fortsetzung der zweiten Verathung der Stempelsteuer, Gesetzentwürfe wegen Aenderung des Zolltarifs nebst den auf den Zolltarif bezüglichen Petitionen.)

## Handel, Industrie etc.

Berlin, 27. Mai. [Börse.] Die Gewisheit, daß die bezüglich der bevorstehenden Ultimo-Liquidation begebenen Befürchtungen in Folge der zunehmenden Flüssigkeit des Geldstandes, für welche der heute publicirte Ausweis der Reichsbank ein so bededtes Zeugniß ablegt, ganz und gar hinwiegend geworden sind, hat der Speculation einen Theil ihrer Schwungkraft zurückgegeben und läßt angelegentlich der umfangreichen Realisationen, die in der Vormache stattgefunden haben, die Bahn zu einer erneuten Aufwärtsbewegung gebahnt erscheinen. Wie sehr die Neigung zur Haufe unverändert fortbesteht, beweisen die nach Legion zählenden Gerüchte, welche tagtäglich über Conversions- und Emissionsprojecte von dem phantastischen Hirne der speculativen Elemente geboren werden, nun nach flüchtigem Bestande sofort der Vergessenheit anheimzufallen. Die seit mehreren Wochen dominirenden Bankerthe, speciell die österreichische Creditactie, sowie Disconto-Commandittheile standen auch heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses, da man die beiden, resp. Institute mit dem Nimbus neuer Zukunftsgeschäfte zu umgeben wußte. In zweiter Linie standen die russischen Valuers, welche auf Grund des entschiedenen Dementi, welches die von englischen Blättern verbreiteten alarmirenden Nachrichten über die inneren russischen Verhältnisse von österreichischer Seite erfahren haben, zu erhöhten Preisen in regem Verkehr standen. Im Uebrigen war die Geschäftsthätigkeit weniger lebhaft als in den Vortagen, doch herrschte überall eine sehr freundliche Tendenz. Als alleinige Ausnahme nach dieser Richtung hin sind die Montanwerthe zu nennen, welche auf Grund des Quartalsabschlusses der Laura-Gesellschaft, dessen Resultat den Erwartungen der Speculation nicht entsprach, in schwacher Haltung umgingen. Der Prolongationsverkehr nahm heute eine größere Ausdehnung an, und das von der Liquidation unabhängige Geschäft wurde durch denselben beeinträchtigt. Allem Anschein nach wird die Regulirung diesmal mit ebenförmig wenig Schwierigkeiten verbunden sein wie in den letzten Monaten, denn Geld für Ultimozwecke bleibt andauernd flüssig.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silber-Coup. 174,20 bez. do. Eisenbahn-Coupon 174,20 bez. do. Papier in Wien zahlb. min. 30 Pf. t. Wien. Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,20 bez. do. Eisenbahn-Prioritäten 4,20 bez. do. Papier-Dollar 4,20 bez. 6% New-York-City 4,20 bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. berl. min. 60 Pf. t. Berl. Poln. Papier u. berl. min. 60 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,555—56 bez. 1822er Russen — Gr. Russ. Staatsbahn —, Russ. Boden-Credit —, Warschau-Wiener Comm. —, Warschau-Lerespol —, 3% u. 5% Lombarden min. — Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. — Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Ertl.-Oblig. 20,40 bez.

# Breslau, 28. Mai, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen, zu notirten Preisen gut veräußert, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 20,80 bis 22,20—23,00 Mark, gelber 20,10—21,60 bis 22,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei mäßigem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 20,60 bis 21,50 bis 21,70 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt. Gerste ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,60—15,70 Mark, weiße 16,40 bis 17,00 Mark.

Hafer mehr angeboten, per 100 Kilogr. 15,20—15,40 bis 16,00—16,40 Mark, feinstes über Notiz bezahlt.

Malz preishaltend, per 100 Kilogr. 13,80—14,20—14,40 Mark. Erbsen in fester Stimmung, per 100 Kilogr. 18,00—19,00 bis 20,80 Mark, Victoria 21,00—22,00—22,50 Mark.

Bohnen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 18,50—19,50—20,00 Mark. Lupinen mehr zugeführt, per 100 Kilogr. gelbe 11,50—12,00 bis 12,75 Mark, blaue 11,30—12,00—12,50 Mark.

Widen in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 13,40—14,00—14,50 Mark. Delsaaten ohne Zufuhr.

Schlaglein schwach zugeführt.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Weizen	27	50	26	—	24	75
Winterweizen	24	50	23	50	23	—
Winterweizen	23	75	23	—	22	75
Sommerweizen	24	50	23	—	22	75
Leinöcker	23	—	22	50	22	—

Einkornen gut behauptet, per 50 Kilogr. 9,40 bis 60 Mark, fremde 8,40—8,80 Mark.

Rapskuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 6,90—7,10 Mark, fremde 6,50—6,70 Mark.

Kleeamen ohne Umsatz, rother nominell, per 50 Kilogr. 33—36 bis 40—46 Mark, weißer nominell, 35—45—53—60 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenkle schwacher Umsatz, per 50 Kilogr. —44—4838 Mark.

